

## **Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen – Schlaglichter:**

Im Juli 2006 wurden in Melilla drei Menschen bei dem Versuch erschossen, die Grenzzäune nach Europa zu überwinden. Diese Todesfälle an der spanisch-marokkanischen Grenze sind bis heute nicht aufgeklärt.

Griechenland steht weiterhin im Verdacht, im September 2006 Flüchtlinge ins Meer geworfen zu haben. Mindestens sechs Menschen starben, weil Beamte der griechischen Küstenwache, so die Aussagen Überlebender, rund 40 Menschen, die sie vor der Insel Chios aufgegriffen hatten, ins Meer zurück stießen.

An den östlichen Außengrenzen - nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit – finden völkerrechtswidrige Zurückweisungen von Flüchtlingen in die Ukraine statt. UNHCR berichtete im März 2006 von Kettenabschiebungen. Tschetschenischen Schutzsuchenden, die es in die Slowakei, auf EU-Territorium schafften, wurde entgegen der geltenden Rechtslage der Zugang zum Asylverfahren verweigert. Statt dessen wurden die Betroffenen in die Ukraine zurückgeschickt und von dort weiter in die Russische Föderation abgeschoben.

Seit Mitte 2006 spielt die europäische Grenzschutzagentur Frontex bei den Abfangmaßnahmen weit vor den Toren Europas eine gewichtige Rolle. Flüchtlingsboote werden im Zuge von Frontex-Operationen bereits in internationalen Gewässern aufgebracht und in afrikanische Transit- oder Herkunftsländer zurückverfrachtet. Alleine bei den 'Out of Area'-Einsätzen wurden zwischen August und Dezember 2006 3.500 Flüchtlinge und Migranten auf dem Atlantik oder vor den Küsten Westafrikas aufgegriffen und nach Senegal und Mauretanien zurückgeschickt. (Frontex-Presseerklärung vom 19.12.2006). Wie die Grenzschützer im Frontexverband auf hoher See mit Schutzbedürftigen umgehen, stellt Frontex-Chef Oberst Ilkka Laitinen lapidar klar: "Das sind keine Flüchtlinge, sondern illegale Migranten." (Standard vom 21.12.2006)

Ein Bericht von Human Rights Watch vom September 2006 beschreibt, wie der EU-Kooperationspartner Libyen mit Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen umgeht: Sie werden entrechtet. Willkürliche Verhaftung, Misshandlungen im Gefängnis und zwangsweise Abschiebungen in Verfolgerländer sind an der Tagesordnung. Europa schaut weg. Italien hat von Oktober 2004 bis Mitte 2006 über 4.000 Menschen nach Libyen abgeschoben, und zwar ohne Prüfung der Fluchtgründe.

Über 200.000 Personen wurden in den letzten vier Jahren aus Libyen abgeschoben - mit finanzieller Hilfe der EU. Die EU-Justiz- und Innenminister haben auf einem informellen Treffen am 22. September 2006 in Tampere Libyen drei Millionen Euro für den Kauf von Patrouillenfahrzeugen und Nachtsichtgeräten zugesagt. Als Gegenleistung erhofft sich die EU nach Angaben von Kommissar Franco Frattini mehr Entgegenkommen Libyens bei den Grenzpatrouillen im Mittelmeer.

Frankfurt am Main, Dezember 2006